

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Nächstens neues Nein  
**Autor:** Gorski, Bohdan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092987>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Nächstens neues Nein

Die polnischen Gemeindewahlen vom 27. Mai haben eine Bestätigung und eine neue Komponente gebracht. Die Bestätigung betrifft die Solidarnosc. Sie erhielt 42,5 % der Stimmen und kommt mit dem Anteil ihrer Koalitionspartner auf gut 50 %. Damit bleibt sie einstweilen die beherrschende Kraft des Landes.

Die neue Komponente betrifft die freien Wählervereinigungen. Sie haben nicht weniger als 38 % der Stimmen auf sich vereinigt und sind das grosse Fragezeichen der unmittelbaren Zukunft. Noch sind sie weit davon entfernt, eine einheitliche Oppositionspartei zu gebären, aber sie stellen die potentielle Gegenkraft dar und verheissen grosse Änderungen in der gesamten politischen Szenerie des Landes.

Völlig untergegangen sind die ehemaligen Kommunisten. Sie haben zusammen mit ihren Verbündeten nicht einmal 1 % der Wähler hinter sich gebracht, trotz ihrer Umwandlung in eine Sozialdemokratische Partei. Dass sie von den gegenwärtigen Schwierigkeiten überhaupt nicht zu profitieren vermochten, zeigt das Ausmass der Absage an eine wie immer reformierte sozialistische Ordnung.



6 «Opfer der anhaltenden positiven Entwicklung» («Szpieki», Warschau, Nr. 42/1989)

Der optische Hintergrund zum Urnengang war feierlich bis pathetisch. Überall und vor allem bei den Wahllokalen waren die rot-weissen Nationalfahnen zu sehen, oft genug heraldisch überhöht durch den gekrönten weissen Adler. Tatsächlich hatte die polnische Demokratie durchaus Grund zum Feiern, handelte es sich doch um die ersten völlig freien Wahlen seit 1938 (bei den Parlamentswahlen vor einem Jahr war der damaligen PVAP und ihren verbündeten Blockparteien eine Mehrheit der Sitze im vornherein zugestanden worden). Indessen hinderte das nicht, dass der historische Anlass sonst unter den Vorzeichen einer sozialen Krise stand.

### Soziale Krise und wirtschaftliche Inkompetenz

Der ganze Nordwesten Polens von Stettin bis Bromberg war von einem Eisenbahnstreik erfasst, der den Passagier- und Warenverkehr lahmlegte. Die gewaltige Unzufriedenheit dahinter gilt einem überaus schlechten Gesamtzustand.

Verantwortlich dafür ist zweierlei. Da ist zunächst mit Sicherheit das Erbe des früheren Regimes, dessen Wirtschaftspolitik sozial, ineffizient und umweltzerstörerisch war, alles im höchsten Grad, eine nachhaltige Belastung, die hier in keiner Weise abgestritten werden soll.

Aber trotzdem ist da auch noch die verfehlte Wirtschaftspolitik von heute, eine missverstandene und missratene «Sanierung», bei welcher polnische Umkehrungswünsche und schablonenhafte Vorstellungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine scharfge Einheitsmeinung eingegangen sind.

Wir haben im Zeitbild Nr. 2/1990 die unglückliche Gewichtung der Reformen ausführlich dargelegt. Das Hauptübel besteht darin, dass man die ererbte Angebotskrise durch Preissteigerung statt durch Produktionssteigerung zu bewältigen sucht mit der Folge von steigender Arbeitslosigkeit und weiterer Verarmung der Bevölkerung. Personalisiert werden die schlagseitigen Reformen vor allem durch ein polnisch-amerikanisches Gespann. Es besteht aus dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Lech Balcerowicz und dem IWF-Delegierten in Polen, Jeffrey

Sachs. An die IWF-Rezepte, die zur Heilung völlig anders verursachter Wirtschaftskrisen ausgedacht sind, klammert sich Polen deshalb, weil es auf Westkredite aus ist. Aber diese sind nur dann ein Segen, wenn sie von einer funktionsfähigen Wirtschaft produktiv genutzt werden; sonst dienen sie nur der vorübergehenden Selbsttäuschung von Schuldnern und Gläubigern gleicherweise.

Die wirtschaftspolitische Krise müsste eigentlich über kurz oder lang auch eine politische Krise nach sich ziehen, und wie diese immer wieder abgewendet werden kann, ist eine erstaunliche Erscheinung im heutigen Polen. Auch diesmal ist eine Feuerwehraktion der Solidarnosc geglückt. Dank dem persönlichen Einsatz von Lech Walesa und seinem Mitarbeiter Lech Kaczynski, dem Stellvertretenden Leiter der Solidarnosc-Landeskommission, kam ein vorläufiger Kompromiss zwischen den Streikenden und der Regierung zustande. Man vereinbarte einen Burgfrieden bis zum 13. Juni. In dieser Zeit muss Lech Walesa versuchen, Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Regierung zu nehmen, damit die Reformen aufhören, auf Kosten der Arbeiter durchgeführt zu werden. Inzwischen ist der Konflikt nicht beigelegt, sondern nur aufs Eis gelegt.

### Die Gemeinden neu erfinden

Von ganz anderer Beschaffenheit war eine strukturelle Belastung des Urnenganges. Die ersten freien Wahlen der Nachkriegszeit betrafen die Neubestellung von Gemeindebehörden, die in den vorangegangenen Jahrzehnten systematisch zu willenlosen Vollstreckern der zentralen Befehle degradiert worden waren. Für die Bevölkerung gehörten sie einfach zum Instrumentarium der Parteimacht, und dass sie heute eine eigene Bedeutung erlangt haben, wird von den Leuten schlecht wahrgenommen.

Tatsächlich ist die Aufwertung der politischen Basisstrukturen ein Hauptanliegen des neuen Polens, und wenn die Regierung für ihre wirtschaftspolitischen Schwimmbübungen den Tadel des unbestechlichen Beobachters verdient, hat sie umso mehr das Recht auf Anerkennung ihres staatspolitischen Kurses, die demokratischen Strukturen von unten nach oben aufzubauen.

Die neuen Konzepte von Regierungschef Tadeusz Mazowiecki gehen davon aus, dass eine selbständige Lokalverwaltung zur Grundlage der Volkssouveränität werden muss. Es ist keine einfache Sache, funktionsfähige Kommunalgremien auf die Beine zu stellen. Zunächst ist der juristische Rahmen für ihre Tätigkeit abzustecken. Im März und Mai sind zwei Gesetze ausgearbeitet worden, welche die Kompetenzen der Gemeindebehörden festgelegt haben, von der Raumplanung an bis zum Betrieb von Kulturhäusern, Bibliotheken und Kindergärten. Die neuen Verantwortlichkeiten sind da bereits mit grosser Genauigkeit definiert.

Der Schwachpunkt des Programms liegt darin, dass die Finanzfragen noch nicht geregelt sind. Bis Jahresende will man die Einnahmen und Ausgaben der Lokalbehörden gesetzlich regeln. Bis dahin werden sie noch durch den Staatshaushalt finanziert, und ihre ökonomische Abhängigkeit beeinträchtigt ihre politische Mündigkeit.

Polen braucht unbedingt eine Lokalverwaltung, die instande ist, wenigstens einen Teil der sozialen Probleme zu lösen. Die örtlichen Verhältnisse sind deprimierend. Sogar vor den Fenstern meiner zeitweiligen Wohnung im Warschauer Viertel Mokotow türmt sich der nicht abgeräumte Müll zu Haufen, den Häusern fehlt ein frischer Anstrich seit langem, die Strassenbeleuchtung ist ungenügend, und die Kriminalität wächst. Die Kindergärten sind in einem elenden Zustand, und der öffentliche Verkehr funktioniert schlecht. Hier muss eine Lokalverwaltung her, die den Bewohnern rechenschaftspflichtig ist und nicht mehr das letzte Ausplätschern ministerialer Verfügungen darstellt.

### Wahlergebnis: für die Solidarnosc mit grossgewordenem Vorbehalt

Um den Wahlkampf aufzuwerten, hatte Lech Walesa zu massiver Beteiligung aufgerufen. Es gelte, die lokale Mafia der alten Apparatschiki zu entmachten und sich demokratisch verantwortbare Behörden zu geben.

Bei den Wahlen ging es um die Besetzung von 52 000 Ratssitzen in 2300 Gemeinden oder Stadtbezirken.

Die 150 000 Kandidaten waren grossteils durch die Bürgerkomitees der Solidarnosc aufgestellt worden, flankiert von den Kandidaten der Koalitionspartner, nämlich der Volkspartei (PSL) und der Demokratischen Partei.

Der Solidarnosc entgegen standen die ehemaligen Kommunisten und deren Verbündete sowie die Nationalisten. Das grosse und auffällige Novum aber war der Auftritt von unzähligen unabhängigen Wählervereinigungen. Sie gründeten zumeist ganz auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten und entsprachen (noch) keinem nationalen Zusam-

schluss. Ihr Verhältnis zur Solidarnosc variierte von kritischer Zuneigung bis zur selektiven oder gesamthaften Distanzierung, eine national schwer einzuschätzende Mischung.

Die Auswahl war durchaus gegeben, aber schliesslich gingen von den 27 Millionen Wahlberechtigten nur 42 % zur Urne. An westlichen Verhältnissen gemessen mag eine solche Beteiligung normal erscheinen, aber für ein Land mit neu gewonnener Demokratie ist sie auch dann schwach, wenn man die schon erwähnte Unterschätzung der Gemeindekompetenzen in Betracht zieht. Bei den letztjährigen Parlamentswahlen mit vorbestimmter Sitzverteilung hatten immerhin 62 % der Wahlberechtigten teilgenommen, und bei den jetzigen 15 Millionen «Abstinenten» ist zu vermuten, dass ein Teil von ihnen das Vertrauen in die Solidarnosc-Regierung verloren hat, ohne den angebotenen Alternativen mehr zu trauen. Ein bestimmter Bevölkerungssektor resigniert angesichts von sozialen und wirtschaftlichen Zuständen, die man nicht für verbesserungsfähig hält.

Aber die Wahlergebnisse selbst waren dafür in etlichen Belangen interessant.

- Die Kandidaten der Solidarnosc-Bürgerkomitees erhielten 42,5 Prozent der Stimmen und eroberten 21 000 der 52 000 verfügbaren Sitze. Rechnet man dazu, dass die PSL 6,5 % und die Demokratische Partei 1,7 % der Stimmen machten, kommen Solidarnosc plus Bündnispartner sogar auf eine absolute Mehrheit.

- Eine Abfuhr für die ehemaligen Kommunisten war erwartet worden, aber sie ist mit einer Deutlichkeit erfolgt, die man schon «vernichtend» nennen kann. Die zur Sozialdemokratie gewordene PVAP von früher kam zusammen mit den kommunistisch geführten Gewerkschaften auf ganze 0,8 %,

ein flagranter Unterschied zur immerhin noch 15prozentigen PDS in der DDR.

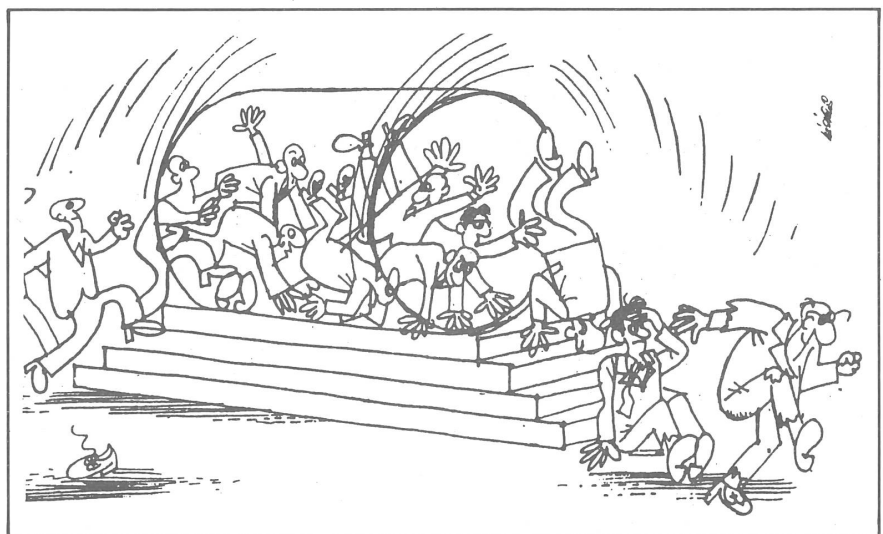
- Die freien Wählervereinigungen erreichten unverhoffte 38 % der Stimmen und sicherten sich damit 19 000 Plätze in den Gemeinderäten. Damit nimmt eine politisch nicht definierbare Grösse grossen Einfluss auf die lokalen Behörden im ganzen Land.

Somit lässt sich ein doppeltes Fazit aus den polnischen Gemeindewahlen ziehen.

Erstens ist es sichtbar geworden, dass die Solidarnosc mit Lech Walesa immer noch das Vertrauen eines grossen Bevölkerungsteils hat und damit die politische Szene bis auf weiteres beherrschen kann. Für Lech Walesa persönlich bedeutet das wohl auch eine Stärkung seiner Aspiration auf das Staatspräsidentenamt.

Zweitens deutet der bemerkenswerte Erfolg der unabhängigen Wählervereinigungen auf ein breites oppositionelles Potential hin. Noch ist es politisch mehrdeutig und national überhaupt nicht organisiert, so dass sich die Solidarnosc keine akuten Sorgen zu machen braucht. Aber es ist ernst zu nehmen als Zeichen der Unzufriedenheit nicht nur mit den gegenwärtigen Zuständen, sondern auch mit der gegenwärtigen Führung. Diese kann nicht ewig von ihrem politischen Vertrauenskapital zehren, um ihre wirtschaftlichen Fehlleistungen auszugleichen. Die persönliche Integrität der Regierenden ist eine gute Sache ebenso wie ihr demokratisches Konzept, aber das reicht nicht: Wirtschaftliche Gesundung muss hinzukommen, und angesichts der jetzigen Misere muss sie es dringend.

In Polen sind Veränderungen in diese Richtung noch vor Jahresende nötig. Sonst könnte das Volk sich veranlasst sehen, sie zu erzwingen.



Übergangsperiode. («Nepszabadsag», Budapest)